

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 42.

Berlin, Freitag, den 20. Oktober 1922.

49. Jahrg.

An unsere Postabonnenten!

Die Papierpreiserhöhungen zwingen uns, den Bezugspreis für „Die Ameise“ auf 78,— M. im Vierteljahr zu erhöhen. Der Preis gilt schon für Oktober, November und Dezember. Wir bitten unsere Postabonnenten, den Restbetrag von 72,— M. uns bis zum 1. Nov. auf das Postcheckkonto 9308, Wilhelm Herden, Berlin, einzuzahlen. Wer die Einzahlung unterläßt, wird mit der Einstellung der Zusendung ab 15. November zu rechnen haben. Um die Zustellung des Blattes regelmäßig durchzuführen, wird um sofortige Bezahlung ersucht.
Redaktion und Verlag „Die Ameise“.

Wieder ein Lohnabkommen in Coburg.

Die Lage des arbeitenden Volkes in Deutschland gestaltet sich immer trauriger. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es keinen anderen Weg mehr, als durch Lohnerhöhungen den Unterhaltsaufwand für das nackte Leben herauszuholen. Dabei machen sie von Tag zu Tag die stets ungünstigere Wahrnehmung, daß mit jeder Steigerung ihres Lohnes die Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung größer werden. Sie verlieren also immer etwas, anstatt einen Ausgleich herbeizuführen oder gewinnen zu können, wie es dringend notwendig wäre.

Lohnforderungen stellen zu müssen, ist für Arbeitervertreter eine sehr böse Sache, und doch lassen sie sich nicht umgehen. Die Machenschaften eines Teiles der deutschen Industriellen, sowie eines Teiles des Handels, die ihre Werte und Sachen dem Steigen des Dollars, aber nicht seinen Ausgängen anpassen, die ihre Waren selbst im Inlande nur zum Dollartagespreis verkaufen und der Leute, die unsere Mark gegen ausländische Zahlungsmittel eintauschen, treiben ja dahin, daß das deutsche Volk immer tiefer in die Verelendung sinkt. Aber den Ausgleich durch entsprechende Aufbesserung der Löhne und Gehälter herbeizuführen, ihren Lohnslaven auch die Wochenverdienste und Monatsgehälter nach dem Wert ausländischer Zahlungsmittel zu bezahlen, das fällt ihnen nicht ein. Die Arbeitnehmer müssen in scharfen, langwierigen Verhandlungen den Unternehmern erst Papiermarkzugeständnisse abringen.

Die Verhandlungen für die feinkeramische Industrie am 9. und 10. Oktober in Coburg haben das ebenfalls gezeigt. Unsere Vertreter, die Kollegen Apel und Karl vom Hauptvorstand in Berlin, und die Gauleiter Bredow, Griesbach, Hoffmann und Jahn, sowie Retzsch als Zahlstellenvertreter von Selb, hatten alle Mühe aufzuwenden, um von den Unternehmern Zugeständnisse zu erhalten. Wir hatten unsere Forderungen in einer ausgearbeiteten Lohn tafel vorgelegt. Sie waren so gehalten, daß den Zeitverhältnissen Rechnung getragen war. Die Erhöhung wäre zeitgemäß gewesen, aber die Unternehmer kommen ja nicht einfach unserem Willen nach, sie müssen erst „bearbeitet“ werden. Das tat unsere Kommission auch. Zu einer Lohnumstellung ließen sie sich jedoch trotzdem nicht herbei. Sie führten die kurzfristigen Abkommen dagegen ins Feld. Den größten Widerstand leisteten im allgemeinen die bayerischen Arbeitgeber unserem Verlangen entgegen. Ihre bisherigen Verhandlungsvertreter genügten ihnen nicht und die bayerischen Geschirrfabrikanten sandten Dr. W. Bers-

hofen als besonderen starken Mann. Er sollte durch seine volkswirtschaftlichen Darlegungen, wie im Vorjahre in Eisenach, die Arbeitnehmervertreter mürbe machen. Seine Ausführungen waren deshalb auch so gehalten, daß man zu der Anschauung neigen konnte: Die Porzellanindustrie geht in den nächsten vier Wochen zugrunde. Die Schwarzmalerei des Volkswirtschaftlers verfiel bei unseren Kollegen nicht mehr. Sie blieben dem Warner von Eisenach die Antwort nicht schuldig und verwiesen ihn auch darauf, daß er dort von einem Fettpolster gesprochen habe, mit dem sich die Industrie umgeben müsse. In mageren Zeiten würden auch die Arbeitnehmer davon zehren können. Unsere Verhandlungsmitglieder machten den Herrn darauf aufmerksam, daß die Arbeiter das Fettpolster wohl kennen, daß sie aber noch keinen Anspruch darauf erheben, sondern nur verlangen, was sie unbedingt zum Leben brauchen. Das Fettpolster werde dadurch nicht beeinträchtigt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanindustrie hätten Anspruch auf anständige Bezahlung, da sie bei achtstündiger Arbeitszeit mehr leisten als bei zehnstündiger vor 1918. Die Unternehmer hatten mit ihrem bayerischen Wortführer aus dem Rheinlande also keinen Erfolg, sie mußten trotz anfänglicher hartnäckiger Abneigung — das alte Lohnabkommen sollte erst 14. dann 8 Tage weiterlaufen — Zugeständnisse machen. So kam nach zweitägiger Verhandlung und freier Vereinbarung ohne Schiedsgericht folgendes zustande:

Lohnabkommen

für die deutsche feinkeramische Industrie.

Gültig ab 8. Oktober 1922.

Auf Grund freier Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Verbänden vereinbart worden:

1. Die bestehenden Accordverdienste aller Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Altersstufen werden unter Wegfall des bisherigen 60prozentigen Zuschlages wie folgt erhöht:

Für Ortsklasse Groß-Berlin	um	75	Proz.
" Ortsklasse A	"	90	"
" Ortsklasse B	"	100	"
" Ortsklasse C	"	103	"

2. Die Gesamtverdienste der im Zeitlohn beschäftigten Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstigen Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Altersstufen werden unter Wegfall des bisherigen 60prozentigen Zuschlages ebenfalls wie folgt erhöht:

Für Ortsklasse Groß-Berlin	um	75	Proz.
" Ortsklasse A	"	90	"
" Ortsklasse B	"	100	"
" Ortsklasse C	"	103	"

3. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen und die Prämien.

4. Während des abgelaufenen Lohnabkommens gewährte Steuerzuschläge werden angerechnet.

5. Dieses Abkommen läuft vom Sonntag, den 8. Oktober, bis einschließlich Sonnabend, den 28. Oktober 1922.

Mitglieder! Wahrt eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung!

In der Woche vom 16. bis 22. Oktober ist der 42. Beitrag fällig.

Die Verhandlungen über die weitere Lohngestaltung finden am 30. Oktober statt.

C o b u r g, den 11. Oktober 1922.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.
Dr. W a r n e.

Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen
zugleich namens der
am Tarif beteiligten berufsfremden Gewerkschaften.
L u i s l o A p e l. A. K a r l.

Verband der deutschen Gewerksvereine.
F r. K e p p l e r.

Dieses Abkommen stand auch vor dem Scheitern. Die Lohnhöhe war die Ursache. Noch im letzten Augenblick lenkten die Unternehmer ein, so daß das Abkommen getätigt werden konnte. Die Arbeitgeber wollten die Dauer unbedingt bis zum 31. Oktober festgelegt wissen.

Den Groß-Berlinern kann es keine Befriedigung bringen. Es kommt eben das Mantelabkommen zur Auswirkung, das eine Annäherung der Lohnklassen vorsieht. Die höheren Zuschläge für die unteren Stufen ist nur zu begrüßen. Dadurch wird den schlecht entlohnerten Kollegen und Kolleginnen wenigstens einigermaßen ein Ausgleich gebracht.

Die zweimaligen Lohnzuschläge auf die Gesamtverdienste lassen sich jedoch ein drittesmal nicht mehr anwenden. Sie haben so große Verdienstunterschiede in den einzelnen Betrieben gebracht, so daß unbedingt beim nächsten Verhandlungstermin am 30. Oktober eine Lohnumstellung erfolgen muß. Wir müssen als Organisation stets danach trachten, der Gesamtheit etwas zu bringen. Selbst wenn einmal ein kleiner Teil darunter leiden sollte. Unsere Spitzenverdiener haben gewöhnlich mehr Möglichkeiten, die Scharten auszuweichen, als der Großteil der in der Industrie Beschäftigten.

Deshalb können wir nicht mehr Zuschläge auf die Effektivverdienste zulassen, sondern müssen trotz der im Wege stehenden Schwierigkeiten unbedingt eine Lohnumstellung durchdrücken. Der Widerstand wird groß sein, er muß jedoch überwunden werden.

Für die Transportarbeiter wurde noch eine Vereinbarung getroffen, die wir zum Abdruck bringen und auszuschneiden empfehlen:

Vereinbarung

über das Fahr- und Uebernachtungsgeld für Kraftwagenführer, Kutscher und Begleiter (gemäß § 19 RW, letzter Absatz).

Bei auswärtigen Touren von 3 bis 6 Stunden Dauer wird an Kraftwagenführer, Kutscher und Beifahrer ein Fahrgeld von 60 M., bei Touren von über 6 Stunden am Tage ein solches von 120 M. vergütet.

Für Uebernachten während der Touren ist eine Uebernachtungsgebühr von 150 M. zu zahlen.

Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.
U n t u c h t. D r. G u l d s c h i n s k y.

Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen.
L u i s l o A p e l. A. K a r l.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Für Studzies:

L u i s l o A p e l. A. K a r l.

Zum neuen Lohnabkommen.

Wiederholte Anfragen veranlassen uns, einige Beispiele für die jetzt gültige Berechnungsart zu bringen:

a) Akkordarbeiter der Ortsklasse 2a, jetzt B.

Stücklohn gemäß Lohnabkommen vom 1. bis 24. August 1922 und 45 Proz. Zuschlag gemäß Lohnabkommen vom 2. September 1922 und 100 Proz. Zuschlag gemäß Lohnabkommen vom 11. Oktober 1922.

b) Zeitlohnarbeiter der Ortsklasse 2a, jetzt B.

Ein Zeitlohnarbeiter der Ortsklasse 2a, jetzt B, über 24 Jahre, nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von mehr als drei Monaten gemäß nach Lohnklasse B (Lohnabkommen vom 2. September 1922):

Mindestlohn 43,40 M.

Dazu beispielsweise den Mehrlohn 20,—

63,40 M.

+ 100 Proz. Zuschlag nach Lohnabkommen

vom 11. Oktober 1922 63,40

126,80 M.

Goldpreise — Goldlöhne.

Der Dollar und damit die Warenpreise aller Art entwickeln sich wieder in eine gefährliche Höhe. In einigen Tagen schmolte der Dollar von 1450 auf 3000, um wieder etwas zurückzugehen und Schwankungen durchzumachen. Die Ursachen liegen nicht in den politischen Verhältnissen, sondern in der wirtschaftlichen Lage. Wie in dieser Beziehung gehandelt wird, das ergibt sich aus einem Artikel über „Goldpreise — aber auch Goldlöhne!“ von Fritz Larnow in der „Holzarbeiterzeitung“. Darin heißt es u. a.:

„Was nun aber den gelehrten Finanztheoretikern noch nicht gelungen ist, das haben findige Männer der Wirtschaft ganz in der Stille mit den einfachsten Mitteln (spieleud) zuwege gebracht. Ihnen, die nicht einmal Wert darauf legen, dafür öffentlich belobt zu werden, haben wir es zu danken, daß nun tatsächlich schon wieder eine stabile Währung besteht. Zwar noch nicht allgemein, sondern vielmehr unter Ausschluß der breiteren Öffentlichkeit. Aber die Anwendung dieser stabilen Währung ist für diejenigen, die sich darauf verstehen, so segensreich, daß ihre Verbreitung wie ein Steppenfeuer um sich greift, so daß sie vermutlich binnen kurzem den gesamten innerdeutschen Geschäftsverkehr beherrschen wird.“

Die Sache ist die, daß nicht etwa die Papiermark stabilisiert, sondern neben ihr eine zweite, gewissermaßen illegale Währung eingeführt worden ist. Der Einfachheit wegen hat man dazu eine bestehende Währung genommen, und zwar die in der Weltfinanz stabilste, nämlich den Dollar. Praktisch vollzieht sich der Vorgang folgendermaßen: Der Preis einer Ware wird dem Abnehmer in einer bestimmten Papiermarksumme in Rechnung gestellt. Aber es ist damit eine Klausel etwa folgenden Inhalts verbunden: „Vorstehende Preise verstehen sich bei einem Dollarkurs von 1500 M. Zahlung hat zu erfolgen nach dem am Zahlungstag geltenden Dollarkurs.“ Steht der Dollar am Zahlungstag auf 3000 M., so verdoppelt sich in diesem Fall die in Rechnung gestellte Papiermarksumme. Dieses Verfahren wendet der Rohstoffverkäufer gegenüber dem Fabrikanten an, dieser gegenüber seinem Abnehmer, und so geht das weiter durch alle Zwischenhandelsstationen bis zum letzten Kleinhändler.

Hier ist also die Papiermark wohl als Zahlungsmittel behalten, aber als Wertmesser völlig ausgeschaltet. (Daneben gibt es schon zahlreiche Beispiele, daß im innerdeutschen Verkehr die Papiermark auch als Zahlungsmittel nicht mehr angenommen wird; aber davon soll hier nicht weiter die Rede sein.) Der Wert eines Paar Stiefel wird nicht mit 4000 oder 6000 M. bemessen, sondern etwa mit 3 Dollar, und wie hoch ihr Preis in Papiermark ist, das hängt nicht mehr vom Stiefel, sondern vom jeweiligen Preis des Dollars ab. Vielleicht ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß auch die Preisauszeichnungen in den Schaufenstern nicht mehr in Papiermark, sondern in Dollar oder einer anderen Goldwährung notiert werden. Wenn dann dasselbe Paar Stiefel, das gestern (bei einem Dollarkurs von 1500 M.) 4500 M. kostete, morgen (bei einem Dollarkurs von 2000 M.) 6000 M. kostet, würde der erschrockene Käufer immerhin leichter die Erklärung für diesen Vorgang finden, dem er heute in Verwirrung und Hilflosigkeit gegenübersteht. Tatsächlich hat die Methode der Dollarberechnung in der innerdeutschen Wirtschaft bereits einen Umfang angenommen, den die Öffentlichkeit kaum ahnt, und jeden Tag gehen neue organisierte Industriezweige zu diesem System über. Daß die Landwirtschaft dahinter nicht zurückbleiben will, versteht sich von selbst. Landwirtschaftliche Organisationen veröffentlichen in ihren Zeitungen täglich Notizen etwa folgender Art:

„Dollar heute 1600! Landwirte, richtet euch danach!“

Fragt man nach der moralischen Berechtigung der Dollarberechnung im innerdeutschen Wirtschaftsverkehr, so kann darauf weder mit einem glatten Nein noch mit einem solchen Ja geantwortet werden. Der Fabrikant, der ausländische Rohstoffe verarbeiten muß, kann, ohne sich zu ruinieren, nicht fortgesetzt diese Rohstoffe zum hochwertigen Marktpreis einkaufen, wenn er für seine Fabrikate nur entwertete deutsche Papiermark bezahlt bekommt. Das erklärt auch, daß in erster Linie die Textilindustrie die neue Rechnungswährung anwendet. Nun stehen aber selbst im Preis des Baumwollgarns nicht ausschließlich die Dollarkosten für Baumwolle, sondern daneben auch die Marktkosten des Arbeitslohnes und der sonstigen durch innerdeutsche Preise bestimmten Produktionskosten. Indem aber der Baumwollspinner den Gesamtpreis für sein Garn mit dem Dollar seinen läßt, berechnet er also auch Arbeitslohn, Verzinsung des Betriebskapitals und die anderen Produktionskosten nach Dollarwährung, während er dies alles mit entwerteter Papiermark bezahlt. Auf diese Weise kommen selbst die Fabrikanten, die nur ausländische Rohstoffe verarbeiten, nicht nur zu einer Sicherung gegen Geldentwertung, sondern darüber hinaus zu einem Ertragewinn, der noch größer wird bei

benen, die nur zum kleinsten Teil oder gar keine ausländischen Rohstoffe verarbeiten.

Letzten Endes entwickeln sich nun die Dinge so, daß alle Warenpreise nach dem festen Dollarkurs „stabilisiert“ werden. Allerdings sind es nur die Produzenten und Händler, die in der Welt der stabilisierten Währung leben, gegen alle Folgen der Marktverschlechterung gesichert sind und sich den Teufel darum zu kümmern brauchen, ob die deutsche Währung vollends vor die Hunde geht. Für den Kur-Konsumenten aber, für den Lohn- und Gehaltsempfänger ergeben sich daraus geradezu katastrophale Zustände. Er lebt noch ganz in der Welt der Papiermarkwährung, und die Ware, die er zu seinem Lebensunterhalt eintausen muß, zeigt ihm nicht ihr stabiles Dollar-, sondern ein ewig wechselndes Papiermarktgesicht, eine Frage, die sich von Stunde zu Stunde verändert und mit jedem Tag unförmiger und abschreckender für den entsehten Käufer wird, dem die Kaufkraft seiner Papiermark-Lohnung in der Hand zusammenschmilzt wie Butter über offenem Feuer.

Was ist hier zu tun, und welche Stellung sollen insbesondere die Gewerkschaften dazu einnehmen? Man kann versuchen, mit den schärfsten gesetzlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Anwendung der illegalen Währung zu Felde zu ziehen, und solche Erwägungen werden ja auch schon angestellt. Wenn es gut geht, wird man damit einige Auswüchse beschneiden können, aber an das Uebel selbst wird man auf diese Art vermutlich nicht herankommen. Es nützt nichts, etwa zu verhindern, daß in Dollar geredet und geschrieben wird, weil man nicht verhindern kann, daß darin gedacht und gerechnet wird. Aussicht auf Erfolg bestände höchstens, wenn die maßgebenden Kreise der Industrie und des Handels mit ihren Organisationen und Partellen sich in den Dienst dieser Sache stellen wollten. Aber die denken nicht im entferntesten daran, sondern im Gegenteil, sie erklären heute ganz offen, daß die Anwendung einer stabilen Berechnungswährung für die Wirtschaft eine unbedingte Lebensnotwendigkeit sei, deren Preisgabe ihren Ruin bedeute. Eben erst hat der Hauptreferent auf dem Industrie- und Handelstag als notwendigste Gegenmaßnahmen gegen die Kreditnot der Industrie empfohlen: „Starke Preiserhöhungen und Fakturierung in Auslandsvaluta.“ Unter diesen Umständen dürfte die Anwendung von Zwangsmaßnahmen lediglich die Wirkung haben, daß noch für einige Zeit die Illusion von der Papiermark als Wertmesser erhalten bleibt.

In Wirklichkeit aber wird folgendes eintreten: Der Dollar — oder eine andere Goldwährung — bestimmt schließlich ganz allgemein die Warenpreise. Damit schaffen sich die Warenhersteller und Verkäufer eine absolute Sicherheit gegen alle Verluste aus der Papiermarktentwertung. Diese Entwertung wird aber um so schneller fortschreiten, je mehr die Dollar- oder Goldwährung sich durchsetzt. Das hat unweigerlich zur Folge eine weitere Wertverminderung am deutschen Volkvermögen und Volkseinkommen, aber von diesem Verlust bleiben nun die allein noch tragfähigen Schultern der Wirtschaft gänzlich verschont, und die ungeteilte Last stürzt sich zermalmend auf diejenigen, die ohnehin schon am Zusammenbrechen sind. Eine stabile Goldwährung für die Sachwertbesitzer und eine unsichere, immer wertloser werdende Papiermarkwährung für die große Masse der anderen, für das arbeitende Volk; es ist kaum auszu-denken, wohin es führen müßte, wenn eine solche Art von Doppelwährung in dieser Gestalt nicht verhindert werden könnte.

Gibt es aber kein wirksames Mittel, um die zweite Währung, die sich illegal eingeschlichen hat, zu beseitigen, dann bleibt nur übrig, sie zu legalisieren und offiziell zum allgemeingültigen Wertmesser zu machen. Das bedeutet Goldwährung nicht nur für die Warenpreise, sondern auch für die Arbeitslöhne! Und auch Goldsteuern für den Staat und Goldzinsen für die Spargroschen!

Wir scheinen, daß diese Forderung sich zwangsläufig aus der gegenwärtigen Situation ergibt, und daß kein anderer Ausweg da ist. Es handelt sich heute nicht mehr darum, die Einführung einer neuen Goldwährung abzuwehren, denn sie ist bereits da, sondern nur noch darum, ihr eine solche Form zu geben, daß die Masse der Arbeitenden nicht daran zugrunde geht. Wie entsetzlich deren Lage ist, wenn sie an die sinkende Papiermark gekettet ist, während die Preise alles Lebensbedarfs mit dem steigenden Dollar davonrennen, das sehen wir in diesen Wochen der Angst und Verzweiflung zur Genüge. Dieser Zustand ist einfach unerträglich.

Nun wird freilich die Durchführung einer Goldwährung auch für die Arbeitslöhne nicht einfach auf dem Wege einer Dollarklausel in den Tarifverträgen zu erreichen sein, obwohl das zum mindesten gegenüber Unternehmern, die für ihre Erzeugnisse die Valutaklausel anwenden, nur recht und billig wäre. Stellt man sich aber vor, daß beispielsweise der Dollar am Vortage der Lohnzahlung auf 1600 steht, am Lohnstage zufällig auf 1400 sinkt, um am nächsten Tage auf 1700 zu steigen, wird man sofort er-

kennen, daß diese mechanische Anwendung der Valutaklausel hier nicht möglich ist. Andererseits besteht heute keinerlei Gefahr dafür, daß bei sinkendem Dollarkurs die Papiermarkpreise der Ware tatsächlich mitsinken. Solange nach außen hin die Fiktion aufrecht erhalten bleibt, daß die Papiermark der wirkliche Wertmesser sei, wird eben der Dollarkurscharakter den Waren immer dann verloren gehen, wenn der Dollar einmal sinkt. Darum müssen die offizielle Anerkennung und allgemeine Einführung einer festen Rechnungswährung vorausgehen. Erst wenn eine solche besteht, wird man mit Erfolg auch die Wucher- und Preistreibergeetze zur Anwendung bringen können.

Wird die Notwendigkeit eines festen, allgemeingültigen Wertmessers anerkannt, dann ist die Form in erster Linie eine finanztechnische Angelegenheit. Man wird sich vorstellen können, daß die Papiermark wie bisher als Zahlungsmittel gilt, daß nebenher aber eine besondere Rechnungswährung läuft. Daß dazu schlichthin der Dollar oder eine andere ausländische Währung benützt wird, erscheint aus mancherlei Gründen nicht zweckmäßig, eher würde man vielleicht auf die amtlichen Preisnotierungen für deutsche Goldmünzen zurückgreifen und danach ein brauchbares, der tatsächlichen Goldwährung angepaßtes System ausarbeiten.

Wenn hier von „Goldlöhnen“ die Rede ist, soll damit nun nicht etwa die Illusion erweckt werden, als ob auf diesem Wege das Lohnproblem an sich gelöst und durch die einfache Festsetzung eines Goldlohnes der Reallohn der Vorkriegszeit wieder erreicht werden könnte. Die Lohnhöhe an sich hängt in erster Linie von wirtschaftlichen Voraussetzungen und nicht von der Währung ab. Hier handelt es sich um die Sicherung des Lohnes gegen die Geldentwertung, um eine Beseitigung des unglückseligen Zustandes, der uns heute zu unaufhörlichen Lohnverhandlungen und Kämpfen zwingt, nicht um eine tatsächliche Erhöhung des Reallohnes, sondern um den Verlust wieder aufzuholen, der durch das Sinken des Reallohnes infolge der Papiermarktverschlechterung dauernd vor sich geht. Eine feste Rechnungswährung, die Warenpreise und Arbeitslöhne gleichmäßig umschließt, wird uns dagegen schützen, daß der Erfolg eines Lohnkampfes durch die Geldentwertung schon wieder vernichtet ist, bevor der erste Zahltag gekommen ist.

In diesem Zusammenhang ist deutlich zu erkennen, in welchem hohem Maße durch die augenblicklichen Währungsverhältnisse neben den allgemeinen Volksinteressen die besonderen gewerkschaftlichen Interessen berührt werden. Darum erscheint mir eine Diskussion der hier angeschnittenen Fragen im Kreise der Gewerkschaften ebenso notwendig wie dringend zu sein.“

Verschmelzungsgedanken

im Glasarbeiterverband.

Schon am 24. Juni dieses Jahres hat der „Fachgenosse“, das Organ des Glasarbeiterverbandes, in einem Artikel „Zusammenschluß“ Stellung zu einer Verschmelzung innerhalb eines Keramikarbeiterverbandes genommen und seine Mitglieder aufgefordert, sie möchten sich in ihren Versammlungen mit dieser Frage befassen. Dieser Anregung ist aber nur die Zahlstelle Neustadt a. d. Waldnaab nachgekommen. Nun nimmt H. Grünzel am 30. September noch einmal das Wort zu diesem Thema und fordert seine Kollegen zum wiederholten Male auf, in ihren Versammlungen den Zusammenschluß zu diskutieren. In dem Artikel wird neben anderen Gründen auch bezüglich unseres Verbandes gesagt:

„Die Mitglieder müssen vor allem zur Mitarbeit erzogen werden. Wer will es bestreiten, daß leider der allergrößte Teil der Kollegen glaubt, wenn er seine Beiträge bezahlt, daß er dann seine Pflicht der Organisation gegenüber erfüllt habe? Nichts aber ist falscher, als ein derartiger Glaube. Die Mitglieder umzustimmen, sie für die Mitarbeit zu gewinnen, ist noch eine schwere Arbeit. Diese schwere Arbeit wird aber leichter getan werden können, wenn mehr Kräfte sich auf einen Bezirk konzentrieren können. Unsere Gaubezirke sind so groß, daß die Gauleiter es gar nicht möglich machen können, ihre Bezirke so zu bearbeiten, wie sie dies von Herzen wünschen. Dem Verbands der Porzellaner geht es nicht anders, und so fahren nun zwei Gaubeamte in jedem Bezirk herum, kommen vielleicht oftmals an einem Orte oder an benachbarten Orten zu gleicher Zeit; beide verlieren Zeit, viel Zeit. Wieviel leichter wäre es, wenn durch einen Zusammenschluß die Bezirke verkleinert werden könnten? Viel mehr Arbeit könnte im Interesse der Organisation mit der gleichen Kraftanstrengung geleistet werden, und sehr viel Geld würde dabei gespart werden, was heute durch weite Reisen ausgegeben werden muß.“

Genau so, wie es mit der Aufklärung der Mitglieder ist, ist es auch mit der Ausbildung der Betriebsräte. Die kleineren Organisationen, und dazu gehören ja auch wir, haben nicht die

Mittel, um eine großzügige Ausbildungstätigkeit entfalten zu können, wie die größeren Gebilde unter den Gewerkschaften. Kann man die Mittel, die heut zwei fast gleich starke Organisationen jede für sich für diesen Zweck aufbringen müssen, zusammenfassen, dann wird das Geld viel nutzbringender angelegt werden können, als jetzt.

Nun werden eine Reihe von Kollegen kommen und werden sagen: was nützt uns denn ein Zusammenschluß mit den Porzellanern allein? Wir wollen einen großen Industrieverband haben, der Hand- und Kopfsarbeiter umfaßt. Die Idee in allen Ehren, sie wird einmal verwirklicht werden können. Aber bis dahin ist noch ein sehr weiter Weg. Vollkommen falsch aber wäre es, wollte man, wenn man das eine nicht erreichen kann, dann das andere unterlassen. Es wäre eine falsche Politik. Der wird der Arbeiterschaft am meisten dienen, der unter allen Umständen das zunächst Erreichbare nimmt und dann versucht, weiter für seine Ideen zu wirken.

Wir wollen hoffen, daß unsere Anregung, die Frage nunmehr eifrig in den Zahlstellen zu besprechen, auf fruchtbaren Boden fallen wird. Gestärkt muß die Frage werden. Klären wir sie heut nicht, werden wir dazu gezwungen werden, wenn der Bundesvorstand mit den Richtlinien herauskommt. Daß wir aber auch dann mit dem Porzellanarbeiterverband uns verständigen müssen, ist klar. Darum laßt uns den Anfang machen. Die Zahlstellen, die sich mit der Frage beschäftigt haben, werden ersucht, einen kurzen Bericht an die Organisationsleitung zu senden. Wird schnell gehandelt, können wir auch schnell an die Bruderorganisation herantreten. Die Leitung der Organisation ist gern bereit, allen Anregungen aus den Mitgliederkreisen entgegen zu kommen, andererseits auch bereit, mit weiteren Aufklärungen zur Hand zu gehen.

Die Neigung, die Grinzel uns gegenüber zum Ausdruck bringt, ist begrüßenswert, nur kann sie nicht allein für den Zusammenschluß maßgebend sein. Es müssen noch mehr Gründe dafür sprechen, wenn daraus eine tatsächliche Verschmelzung erwachsen soll.

Wir sehen vor allen Dingen Gründe gegen ein Zusammengehen mit den Glasarbeitern darin, daß zwischen der Glas- und der Porzellanindustrie sowie ihren Konzernen keine oder nur wenig Wesensgemeinschaft besteht. Denn bei Kämpfen, wozu ja vor allen Dingen die größeren Organisationen gebildet werden sollen, kommt es doch darauf an, wer bekämpft wird und gegen welche Kapitalmacht ein Kampf geführt wird.

Auch das spielt eine Rolle, daß innerhalb der beiden Industrien, mit Ausnahme der Maler, die Berufe wenig gewechselt werden können, wie es z. B. bei den Töpfern und den Porzellanern der Fall war und schließlich noch ist. Jetzt sind nun die Töpfer zu den Bauarbeitern übergetreten, da fehlt schon ein mit uns mehr verwandtes Glied innerhalb des Keramarbeiterverbandes. Das sind wohl nur Kleinigkeiten, sie spielen jedoch bei Verschmelzungen oft die Hauptrolle. Wir sehen nämlich bei einem Teil der Töpfer, vor allem der gelernten, daß diese nicht mit zum Bauarbeiterverband übertreten wollen und nun trotz ihrer Zustimmung zur Verschmelzung den Anschluß bei uns suchen. Ein großer Teil der Töpfer hat eben größere Wesensgemeinschaft mit uns. Mit anderen Worten: bei einer Verschmelzung darf nicht allein die Vernunft, sondern es muß auch das Gefühl mitsprechen.

In Fachfragen wird auch innerhalb der Gauen die erwünschte Ersparnis nicht so in Wirksamkeit treten; denn dort werden für jede Industrie Angestellte notwendig sein. Selbst für das Hauptbureau ist das zum größten Teil nötig.

Aber trotz der entgegenstehenden Gründe kann die Verschmelzungsfrage mit den Glasarbeitern zu einem Keramarbeiterverband auch bei uns besprochen und die Für und Wider erwogen werden.

Die Verhältnisse drängen ohnehin zu Zusammenschlüssen von Verbänden.

Zu diesem Thema schreibt noch der Kollege Kerger-Weißwasser: Mich bestrebt es, daß sich der Töpferverband dem Bauarbeiterverband als Seitenansatzpunkt angeschlossen. Keines Erachtens hätte er seine Vertretung bei uns Porzellanern besser gefunden. Wir Porzellaner als Feindesamter würden die Wünsche und Interessen eines großen Teiles der Töpfer und einschlägigen Facharbeiter besser als die Bauhandwerker vertreten können. Nach den Berichten über den diesjährigen Gewerkschaftskongress und über unsere Generalversammlung hat es mich überhaupt bestrebt, daß die Verschmelzungsfrage so kurz berührt wurde. Anknüpfend an nach dem Bruch der Verschmelzungsverhandlungen in Leipzig der Verbandsvorstand in Berlin der Frage trotz der vielen Anträge aus allen Teilen des Reiches auch nicht mehr die Bedeutung beigemessen, die dieser Frage zukommt. Die Töpfer-

organisation wäre für uns ein wichtiger Faktor gewesen. Besonders in der Oberlausitz, wo die Töpferei stark verbreitet ist, hätten wir einen Mitgliederzuwachs von mindestens 3000 bis 4000 gehabt und die weitverzweigten Zahlstellen hätten enger zusammengeschlossen werden können. Das wäre in Anbetracht des hartnäckigen Oberlausitzer Unternehmertums sehr wichtig gewesen."

Die Courage schon verloren.

Selbverständlich werden wir unter den neuen Verhältnissen noch sehr viel weniger Rücksicht auf die Wünsche der Männer des Porzellanarbeiterverbandes zu nehmen brauchen, wie das bis jetzt der Fall war. Rücksichtslos und unbarmherzig werden wir die Schwächen der Porzellanarbeitertaripolitik offenlegen und noch mehr als bisher darauf bedacht sein, Tarifabschlüsse zu erzielen, die sich sehen lassen können." „Keramarbeiterzeitung“, Nr. 20, 1922.

So schrieb das Hauptorgan. In der Provinzpresse des Zentrums klangen die Weisen ähnlich anlässlich ihres Beiseitstellens in München. Vor allem wurde in den Blättern auch darauf verwiesen, daß wir auf die Verwirklichung einer Anzahl Forderungen, so unter anderem auf die Einstellung der Arbeiter unter Mitwirkung der Betriebsräte verzichten mußten. Rette Arbeitnehmer, die sich noch darüber freuen, wenn auf so wichtige Rechte verzichtet werden muß. Doch das nur nebenbei.

Worauf wir hauptsächlich hinweisen wollen, ist, daß bei den letzten Verhandlungen in Coburg am 9. Oktober zu Beginn der Aussprache eigenartigerweise die Unternehmer verlangten, die Christen wieder als Vertragsbeteiligte zuzulassen. Das berührt uns sehr sonderbar. Wir betonten selbstverständlich, daß darüber nicht geredet wird. Die Verhandlungen sind dann ohne Beisein der Christen geführt worden. Diese haben allein ihre Tarifpolitik spielen lassen können und man muß nun gespannt sein, was die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bekommen werden. Wir bezweifeln aber heute schon, daß es sich sehen lassen kann. Der Abschluß des Berufsverbandes der deutschen Keramarbeiter ist nämlich genau so schlecht wie der unserer. Er hat „zufällig“ auch wieder den gleichen Wortlaut wie unser Abschluß. So sieht die Wirklichkeit im Gegensatz zur Prahlerei der „Keramarbeiterzeitung“ aus, mit deren Schreibweise selbst christliche Vertreter nicht einverstanden sind, und zwar anscheinend deshalb, weil sie die Schwierigkeiten bei den Lohnverhandlungen etwas besser kennen. Nur können wir dieses einem Dritten gegenüber geäußerte Nichteinverständnis nicht recht glauben; denn die Bedeutung des Ausschiffens stellen die Christen auch in den ihnen ergebenden Oberpfälzer Zeitungen als einen Erfolg hin, mit dem sie zufrieden seien.

Dieser Zwiespalt ist erklärlich. Auf der einen Seite wollen die Christen unter Schimpfen auf uns die vollzogene, auf ihr Verhalten zurückzuführende Tatsache als einen Vorteil hinstellen, während sie in der Stille ihres Herzens darüber tief bekümmert sind. Früher konnten sie bei Lohnabkommen noch mit unterhandeln, und jetzt werden sie meist vor der Tür als nur Geduldete, aber nicht Gleichberechtigte abgefertigt.

Offentlich wirkt das auf die Leute und ihre Zeitung erzieherisch. Wir werden ja abwarten.

Ein unternehmerfreundliches Urteil.

Das Oberlandesgericht in Köln hat am 6. Juli 1922 einen Arbeitgeber, der seine Gehilfen über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus arbeiten ließ, freigesprochen mit der Begründung, die Arbeitnehmer hätten die Ueberarbeit freiwillig und ganz nach ihrem Belieben geleistet. Das Oberlandesgericht will in der Längerarbeit eine Verletzung der Verordnung vom 23. November 1918 über die Beschränkung der ordentlichen Arbeitszeit auf 8 Stunden nicht erblicken. Die Unternehmerpresse hat natürlich dieser oberlandesgerichtlichen Entscheidung weiteste Verbreitung gegeben. Daraufhin veranlassen nun die Arbeitgeber ihre Arbeiter, vielfach „freiwillige“ Ueberarbeit zu leisten und die Verordnung zu übertreten. Dagegen gerichtete Beschwerden werden dann von den Unternehmern abgewiesen unter Hinweis auf das Kölner Urteil, das man teilweise sogar am „Schwarzen Brett“ aushängt. Bei den Arbeitern soll dadurch der Glaube erweckt werden, daß der Unternehmer bei einer etwaigen richterlichen Entscheidung wieder wie in Köln als Sieger hervorgehen werde.

Die Arbeitnehmer dürfen sich durch diesen Hinweis nicht einschüchtern lassen und keine Ueberarbeit „freiwillig und ganz nach ihrem Belieben“ leisten. Die Arbeiterorganisationen tun gut, bei „freiwilliger“ ungenehmigter Ueberarbeit dem Gewerbeaufsichtsbeamten Anzeige zu erstatten und gegen den Unternehmer Strafanzeige zu stellen.

Berufsverband deutscher Keramarbeiter.

Zu einem Bericht in der „Keramarbeiter-Zeitung“ gibt der Berufsverband deutscher Keramarbeiter eine Uebersicht von seinem Geschäftsjahr 1921. Nach den Angaben stieg die Mitgliederzahl dieser christlichen Organisation von 101 409 auf 113 032, die sich auf 12 Gaue verteilt. Welche Gebiete die Gaue umgrenzen, ist nicht vermerkt, weshalb auch nicht ersichtlich ist, wo der Mitgliederverlust der Gaue IV und XI zu verzeichnen ist. Die Christen sind stolz darauf, daß ihr Verband am 1. Juni 1922 schon auf 125 000 Mitglieder gestiegen war. Die Summe bedeutet nämlich eine Kleinigkeit, wenn man entgegenhält, daß Steinarbeiter, Porzellanarbeiter, Glasarbeiter, Lötter, Fabrikarbeiter, Ziegeleiarbeiter und Transportarbeiter in ihm organisiert sind. Von den rund 80 000 Porzellanarbeitern sind im Höchsthalle 5000 bei dem Berufsverband der Keramarbeiter; denn er schrieb ja selbst, daß er ungefähr nur ein Zehntel der Porzellanarbeiter hinter sich hat. Läßt man die Hinzugemachten weg, bleiben also höchstens 5000. Der Einfluß des genannten Verbandes ist in der Porzellanindustrie also gleich null. Den christlich Organisierten muß von unseren Kollegen und Kolleginnen darüber Aufklärung gegeben werden.

Aus dem geringen Einfluß auf die Industrien mag zum Teil auch die beträchtliche Mitgliederfluktuation der genannten Organisation zurückzuführen sein. Es meldeten sich nämlich 42 141 Mitglieder an, von denen 30 518 wieder austraten.

Die finanzielle Grundlage des christlichen Gemischtorganisationschens ist nach dem Passenbericht sehr schwach. Wohl haben sie einen Absatz in ihrem Statut, der besagt, daß die Wochenbeiträge in Höhe eines Stundenlohnes zu zahlen seien. Gehandelt wird jedoch nicht danach; denn die niedrigen Beiträge der Christen waren für einzelne Mittläufer von uns der Grund zum Uebertritt. Dieses „Lochmittel“ wurde auch trotz des Statuts in der Praxis beibehalten. Wohin es jedoch eine Organisation bringt, zeigt der niedrige Vermögensstand des Berufsverbandes deutscher Keramarbeiter in Höhe von 3 870 195 M. Was bedeutet die Summe bei 113 000 Mitgliedern? Wir als Porzellanarbeiterverband hatten am Jahreschluß 1921 mit 62 808 Mitgliedern 3 869 607 M., also nach der Mitgliederzahl bemessen, das Doppelte. Dabei stehen wir sicher nicht glänzend. Die Christen brachten auch nur 12 349 798 Mark an Gesamtbeiträgen auf, wir mit der Hälfte Mitglieder dagegen 10 503 320 M. Die Summen für Streit und Makregelung mit 2 348 788 M. und für Erwerbslosenunterstützung mit 1 323 663 M. stehen trotz höherer Mitgliederzahl weit unter unseren. Dabei haben die Christen unter der ersten Summe noch die Kosten für die Tarifverträge und -abschlüsse mit hineingerechnet.

Deutlich spiegelt sich in dem Rechnungsabschluß die Schwäche der genannten christlichen Organisation innerhalb der Industrien und des Wirtschaftslebens wider. Es wäre ihnen unmöglich, in der Porzellanindustrie z. B. das geringste herauszuholen und zu erkämpfen, wenn sie sich nicht voll und ganz auf uns organisierte Porzellanarbeiter verlassen könnten. Die paar noch organisierten Christen müssen einsehen lernen, daß sie in einer geschlossenen Gesamtorganisation besser aufgehoben sind und mehr zur Hebung ihrer Lage beitragen können, als wo sie jetzt sind. Sie mögen zur Erkenntnis kommen und danach handeln. Die Lat wird zu ihrem Wohle ausschlagen.

Das ständige Wohnungselend.

Das Heft 18 der „Sozialen Bauwirtschaft“ — Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe — nimmt Stellung zur Erbrofflung der Wohnungsbautätigkeit durch die maßlosen und gemeinschädlichen Preistreiberien der Baustoff-Industrie und des Baustoffhandels. Es bringt über den Baustoffwucher und seine Folgen ein so reichhaltiges Material, wie es auf knappstem Raum und in so anschaulicher Darstellung wohl selten zu finden sein wird. Wenn beispielsweise ein einziger Sägewerksbesitzer, der „Holzkönig von Masuren“, in Rudczanny, seit 7 Jahren 100 000 Kubikmeter Holz in den masurischen Seen aufgespeichert und nicht in den Handel gebracht hat, um es zu gegebener Zeit zu Wucherpreisen loszuschlagen, so ist es verständlich, daß heute für den Kubikmeter Bauholz, der im vorigen Jahre noch 750 bis 800 M. kostete, 25 000 bis 30 000 M. gezahlt werden müssen, obwohl die Durchschnittspreise bei Holzverkäufen in den preussischen Staatsforsten seit Jahresanfang um nicht ganz das Vierfache gestiegen sind. Glas ist um das 900fache des Friedenspreises und Zement in einem Monat um 27 000 M. für 10 000 Kilogramm gestiegen. Auch das Zint-Syndikat hält seine Erzeugnisse zurück. Und so, wie hier kurz dargestellt, steht es mit allen übrigen Baustoffen. Ein sehr interessantes Ergebnis zeigt eine Gegenüberstellung der Bauarbeiterlöhne und der Baustoffpreise. Der alte Schwindel, daß die Löhne, die nachgewiesenermaßen nicht einmal den Stand der Reichs-Indexziffer erreicht haben, an den hohen Baukosten schuld

seien, wird durch sie glatt erledigt. Der Berliner Architekt Becker, der fähigste Kopf im Berliner Wohnungsausschuss, bringt dies in einer graphischen Darstellung klar zum Ausdruck. Ebenso eindrucksvoll ist eine große Tabelle der Bauabteilung der Hamburger „Produktion“, die anlässlich der Ueberserwoche in der Kunsthalle in Hamburg ausgehängt hat, und in der die Lohnsteigerung in jedem einzelnen Bauberuf der Steigerung der Baustoffpreise gegenübergestellt wird. Weist beispielsweise der Maurerlohn eine 56,7fache Steigerung auf, so sind rote Hintermauerungssteine um das 194fache und eine ganze Reihe anderer, für den Maurer in Betracht kommender Baustoffe bis auf das 375fache gestiegen. Für anderen Berufe: Zimmerer, Tischler, Schlosser, Maler, Dachdecker, ergeben sich die gleichen Verhältnisse.

Das wertvolle Heft enthält außerdem Abbildungen, die das erschütternde großstädtische Wohnungselend zum Gegenstand haben, sowie Abbildungen von einfachen neueren Einfamilien- und kleinen Mehrfamilienhäusern, die den Anforderungen an menschenwürdige Wohnungen Rechnung tragen. Ferner enthält es einen Bericht über die Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstages mit allen vom Ausschuss angenommenen Vorschlägen und Anträgen zur Behebung der Wohnungsnot. Die Anträge, die voraussichtlich demnächst dem Reichstag vorgelegt werden, sind für alle Kreise unseres Volkes von größter Bedeutung.

Wir empfehlen dieses Heft allen Körperschaften und Personen, die an der Beseitigung des Wohnungselends interessiert sind, zur Beachtung.

Lohnabbau in der Tschechoslowakei.

In unserem Nachbarstaat, der tschechoslowakischen Republik, hat sich eine Gesundung der Krone vollzogen. Einen Teil der daraus entstandenen Folgeerscheinungen haben wir schon besprochen, nun kommen wir nach den Berichten unseres Bruderorgans „Der Keramarbeiter“ auch zum anderen Teil: nämlich dem Lohnabbau. Driben besteht zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der Porzellanindustrie auch ein Vertragsverhältnis, das am 30. August gekündigt wurde. Die Arbeitgeber haben aber kein Interesse an einem Vertragsende, weshalb sie Vertragsänderungen vorschlugen, die alle bedeutende Verschlechterungen der Arbeiterschaft zur Folge haben. Die Urlaube sollen danach ganz entfallen. Rückzahlung des Effektivabzuges gibt es nicht mehr und die Löhne sollen um 35 Proz. im Durchschnitt reduziert werden. Ueber diese Forderungen u. a. der Arbeitgeber wurde verhandelt. Das erstemal wurde kein Ergebnis erzielt. Erst beim zweiten Verhandlungstermin am 5. Oktober kam eine Einigung zustande, nach der die Löhne mit dem 16. Oktober bei Arbeitern mit mehr als 180 Kr. und bei Arbeiterinnen mit mehr als 100 Kr. Verdienst um 20 Proz. gekürzt werden. Effektivlöhne, darunter bis zu 71 Kr., erfahren eine Kürzung von 15 Proz. und die noch niedrigeren von 10 Proz. Ab 13. November werden weitere 10 Proz. bei den genannten Abschlüssen gekürzt.

Die Arbeitnehmer mußten in diesen sauren Apfel beißen, weil sonst die Unternehmer bei Nichtannahme ihres Vorschlages die Beschäftigten entlassen und ihre Betriebe geschlossen hätten. Sie hätten sie dann wieder zu noch schlechteren Bedingungen für die Arbeiterschaft geöffnet.

So kommt es, wenn die außerordentliche Not, verursacht durch die Wirtschaftskrise, die Arbeiter den Unternehmern in die Hände liefert. Allerdings gibt es bei den Arbeitern noch zu überlegen, ob sie langsam oder schnell verhungern wollen. Die Lebensmöglichkeit muß ihnen belassen werden.

Von der Porzellanindustrie.

25 Proz. Dividende. Nach der Bilanz der Porzellanindustrie A. G. Berghaus, Auma, betragen das Fabrikationskonto 17 705 156,82 M. und die allgemeinen Unkosten 17 301 113,65 M. Abschreibungen sind in Höhe von 148 333,80 M. und Gewinn 255 709,37 M. angegeben. So gering sich der ziffermäßige Gewinn auch ansieht, 25 Proz. Dividende können trotzdem verteilt werden. Das Unternehmen muß demnach sehr gut abgeschnitten haben.

Preiserhöhungen. Der Verband deutscher Zugsorzellanfabriken und der Verband deutscher Porzellangeschirrfabriken haben ihre Verkaufspreise erhöht. Der von der Indexkommission neu festgesetzte Multiplikator ist 19 — der letzte war 11 — und trat am 10. Oktober in Wirksamkeit. — Die Vereinigten Steingutfabriken, G. m. b. H., Bonn, lassen wissen, daß sie ab 15. Oktober den Inlandspreis erhöhen, und zwar den Aufschlag für Gruppe I auf 4400 Proz., für Gruppe II auf 4000 Proz. Für golddekorierte Waren beträgt der Aufschlag 5000 Proz. bei Gruppe I, und 4560 Proz. bei Gruppe II.

Die Notwendigkeit der Lebensversicherung.

Die Lebensversicherung ist in den Kreisen des arbeitenden Volkes leider noch wenig bekannt. Sie erfährt gegenüber anderen Versicherungsarten, wie z. B. Feuer-, Vieh- und Hagelversicherung, nicht die ihr gebührende Würdigung. Diese Umstände geben uns Veranlassung, das Wichtigste zu behandeln und den verehrten Lesern die Wege zu einer guten Versicherungsgeellschaft zu weisen.

In weiten Volkskreisen ist der Spar Sinn gut entwickelt. Einen Notwendigkeit für Zeiten zu haben, in denen große Ausgaben infolge Krankheit oder Todesfalls nötig werden, muß das Ziel und die erste Aufgabe des sorgenden Familienoberhauptes sein. Wer beiseiten vorsorgt, schützt seine Angehörigen vor den Wechselfällen des Lebens, hilft ihnen über die erste Not hinweg. Ebenso haben alle Personen ein Interesse daran, sich für die Zeit, wo sie alt und gebrechlich geworden sind, einen Notgroschen zu sichern.

In der Regel wird von allen, die in der Lage sind, etwas zurückzulegen, der Weg zur Sparkasse gewählt. Die Sparkasse verzinst die eingelegten Gelder zu dem üblichen Zinssfuß. Das Kapital vermehrt sich unter normalen Umständen durch Einlagen und Zinszuschreibung der Zinsen und Zinseszinsen. Der Sparer ist so auf sich selbst gestellt. Greift ihn als Haushaltungsvorstand durch natürliche oder andere Umstände der Tod, so steht seinen Hinterbliebenen zur Deckung der Unkosten die Sparsumme nebst den aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen zur Verfügung. War es dem Sparer nur möglich, wenige Jahre hindurch einige hundert Mark zurückzulegen, so tritt bei der ungeheuren Geldentwertung ein erhebliches Defizit im Haushaltungsbudget und damit bitterste Not ein.

Anders aber läge der Fall, wenn der Haushaltungsvorstand sein Leben versichert hätte. Er ist in diesem Falle nicht auf sich selbst gestellt, sondern gleich ihm hatten sich Tausende und aber Tausende versichert. Sie alle verfolgen bewußt oder unbewußt den Zweck, sich solidarisch für den Fall des Todes zu unterstützen, und zwar dadurch, daß die dafür erforderlichen Beträge auf die Gesamtheit der Versicherten verteilt werden. Was dem einzelnen in solchen Fällen nicht möglich ist, wird durch eine Vielheit von Personen mit Leichtigkeit erreicht. Jeder Versicherte zahlt in Form eines Beitrags, der von den Versicherungsmathematikern für bestimmte Eintrittsalter berechnet ist und Prämie genannt wird, in die Kasse der Versicherungsanstalt. Würde ein Versicherter schon nach kurzer Zeit des Bestehens seiner Versicherung sterben, so würde, je nach den Umständen, die volle Versicherungssumme fällig sein. Die Hinterbliebenen erhalten so bedeutend mehr, als der eingezahlte Prämienbetrag ausmacht, und können damit, je nach Höhe des Versicherungsbetrags, die entstandene Notlage mehr oder weniger ausgleichen.

Ein Beispiel:

A. versichert sich im Alter von 30 Jahren bei der Volksfürsorge auf 25jährige Dauer nach Tarif II a, B. spart bei der Sparkasse und erhält 3½ Proz. Zinsen. Beide verwenden jährlich für diesen Zweck je 300 Mk. Würde nach zehn Sparjahren der Tod eintreten, so würden erhalten:

die Hinterbliebenen von A. 6600,— Mk.,
die Hinterbliebenen von B. 3519,42 Mk.

Zu der Summe der Volksfürsorge treten noch allenfällige Gewinnanteile.

In Erkenntnis dieser Tatsache und in der weiteren Erkenntnis, daß die Krankenkassen und sonstigen Zwangsversicherungen des Reiches ein nur ungenügendes Sterbegeld zahlen, haben viele Arbeiter- und Konsumentenorganisationen zentrale oder lokale Sterbekassen zu ähnlichen Zwecken gegründet. Oft fehlen dabei die nötigen Erfahrungen und versicherungstechnischen Voraussetzungen, und manche Enttäuschung stellt sich ein. Erheblicher Aufwand an Zeit und Geld ist die Folge lokaler Zersplitterung, eine Versicherung bei einer leistungsfähigen Lebensversicherung das Zweckmäßigste.

Aus den Darlegungen erhellt ohne weiteres der hohe volkswirtschaftliche Wert der Lebensversicherung, die auf dem schönen Prinzip: „Hilfe auf Gegenseitigkeit!“ oder: „Einer für alle und alle für einen!“ basiert. Sie verdient infolgedessen auch in den Kreisen des arbeitenden Volkes die allergrößte Würdigung.

In Frage kommt als Versicherung mit den allergünstigsten Tarifen und Bedingungen die schon erwähnte, von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1913 gegründete und von ihnen verwaltete

Volksfürsorge in Hamburg 5.

Die Volksfürsorge führt alle Arten der kleinen Lebensversicherung, wie Altersversicherung, Aussteuer- und Kinderversicherung mit monatlicher Prämienzahlung. Die höchstzulässige Versicherung beträgt zurzeit 10 000 Mk.

Seit 1. Juli 1921 führt die Volksfürsorge auch die große Lebensversicherung mit und ohne ärztliche Untersuchung. Die Mindestversicherungssumme beträgt 10 000 Mk. Die Höchstversicherungssumme bei dem Tarif O (ohne ärztliche Untersuchung) 30 000 Mk., bei Tarif M (mit ärztlicher Untersuchung) zeit unbegrenzt.

Ferner können sich ganze Korporationen (Vereine, Gewerkschaften) in einer Stelle von mindestens 100 Mitgliedern in Höhe von 1000 Mk. bis 10 000 Mk. pro Person durch eine Gesamtversicherung auf den Todesfall versichern.

Wer irgendwie in der Lage dazu ist, versichere sich so hoch wie möglich.

Die Volksfürsorge ist infolge der vorwiegend ehrenamtlichen Tätigkeit ihrer Funktionäre in der Lage, den Versicherten die größtmöglichen Vorteile zu leisten. Sie ist infolge ihrer Eigenart als sozialisiertes Versicherungsunternehmen zu betrachten.

Wer sich als Arbeitnehmer versichern will, beauftrage das eigene Unternehmen damit. Es bietet größere Vorteile als andere Versicherungsunternehmen. Dafür diene zum Beweis folgendes Beispiel:

Eine 30jährige Person schließt bei der Volksfürsorge eine Lebensversicherung auf die Dauer von 30 Jahren nach Tarif II a ab und will dafür eine Monatsprämie von 20 Mk. entrichten. Die gesamte Versicherungssumme bringt $20 \times 312 = 6240,—$ Mk. Diese

Summe wird beim Tode des Versicherten nach dem zweiten Versicherungsjahr (in den beiden ersten Jahren schon beim Tode durch Unfall), spätestens aber nach 30 Jahren ausgezahlt. Stirbt der Versicherte bereits im ersten Jahre, so gelangen nur die eingezahlten Prämien zur Auszahlung. Tritt der Tod im zweiten Versicherungsjahr ein, so wird die Hälfte der Versicherungssumme ausgezahlt, mindestens aber 3000,— Mk., soweit der Verstorbene mit dieser oder über diese Summe hinaus versichert war. Wie günstig der Tarif II a im Verhältnis zu den entsprechenden Tarifen anderer Gesellschaften wirkt, zeigt nachfolgende Gegenüberstellung: In dem angeführten Beispiel beträgt die garantierte Versicherungssumme

bei der „Volksfürsorge“	6300,— Mk.
bei der „Victoria“	5405,— „
bei der „Friedrich Wilhelm“	5300,— „
bei der „Wilhelma“	5749,— „

Ebenso günstig bzw. noch günstiger ist die Volksfürsorge auch in ihrer großen Lebensversicherung.

Die Volksfürsorge hatte in der ersten Hälfte des Jahres 1922 etwa 1 Million deutscher Arbeitnehmer bzw. deren Kinder mit einer Gesamtversicherungssumme von über 1½ Milliarden Mark versichert.

Die Prämieinnahme im Jahre 1921 betrug 47½ Millionen Mark. Die aus dem Uberschuss des Jahres 1921 an die Versicherten zur Gutschrift gelangenden Gewinnanteile betragen 2 130 000,— Mk. An Prämienreserven und Prämienüberträgen waren Ende des Jahres 1921 rund 64,6 Millionen Mark vorhanden.

Diese Prämien wurden nach Deckung der Verwaltungskosten vornehmlich in solchen Unternehmen angelegt, die der Arbeiterchaft dienen. Viele Millionen sind als erste Hypothek dem Konsum- und Konsumgenossenschaftlichen Kleinwohnungsbau, den Volkshäusern und ähnlichen Einrichtungen zur Verjüngung gestellt; eine noch weit höhere Anzahl von Millionen ist den Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbau und zur Einrichtung gemeinnütziger Gründungen bar geliehen worden.

Diese Zahlen beweisen erneut die Leistungsfähigkeit dieser Einrichtung.

Wer sich versichern will, der erlebige diese Angelegenheit möglichst bald, je früher, desto besser.

Jedermann, der sich diesem gemeinnützigen Unternehmen als örtlicher Mitarbeiter zur Verfügung stellen will, ist herzlich willkommen.

Auskunft über Aufnahmebedingungen und andere Einzelheiten erteilen:

Die Volksfürsorge in Hamburg 5
oder die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Konsumvereine.

Gewerkschaftliches.

Zunahme der deutschen Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften haben im zweiten Vierteljahr dieses Jahres in erfreulicher Weise an Mitgliedern zugenommen. Am Schlusse des ersten Vierteljahres hatten sie im ganzen 7 864 079 Mitglieder (davon 1 646 338 weibliche). Diese Zahlen stiegen, wie aus der regelmäßigen vierteljährlichen Zusammenstellung der Statistischen Abteilung des ADGB hervorgeht („Korrespondenzblatt“ Nr. 34), im zweiten Vierteljahre auf 7 979 238 (1 694 598). Die höchste Mitgliederzahl hatten die deutschen Gewerkschaften am Ende des zweiten Vierteljahres 1920, nämlich 8 144 981 (1 789 711). Damals war aber noch der im Laufe des vorigen Jahres aus dem ADGB ausgeschiedene Zentralverband der Angestellten mit 402 748 (186 745) Mitgliedern dabei. Zieht man dies in Betracht, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Mitgliederzahl vom zweiten Vierteljahr 1922 die höchste ist, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund je erreicht hat.

Von den 49 Verbänden, die dem ADGB angeschlossen sind, haben 9 nicht rechtzeitig berichtet. Unter diesen befinden sich auch größere Verbände, wie die der Bekleidungsarbeiter und der Landarbeiter. In die Zusammenstellung wurden dann die letzten höchst vorliegenden Zahlen gesetzt. An der Zunahme sind folgende 25 Verbände beteiligt: Bäcker und Konditoren, Bauarbeiter, Buchbinder, Chorsänger und Ballettpersonal, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Feuerwehrmänner, Glasarbeiter, graphische Hilfsarbeiter, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Lederarbeiter, Lithographen und Steindrucker, Maler, Polierer, Porzellanarbeiter, Schiffszimmerer, Schuhmacher, Schweizer Steinarbeiter, Steinsetzer, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer

Besonders stark war die Zunahme bei den Textilarbeitern (von 679 840 auf 715 645, davon 475 389 weibliche) und den Bauarbeitern (von 489 185 auf 542 035).

Bei den übrigen 15 Verbänden trat eine Abnahme ein. Es sind folgende: Asphaltreue, Bergarbeiter, Böttcher, Eisenbahner, Fleischer, Friseurgehilfen, Gärtner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Glaser, Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter, Musiker, Schornsteinleger, Töpfer, Transportarbeiter.

Wie man sieht, sind sowohl an der Zunahme wie an der Abnahme Berufsverbände sowie Industrieverbände beteiligt. Auf die Organisationsform ist die Abnahme also nicht zurückzuführen, sondern auf die besonderen Verhältnisse in den betreffenden Berufen. Das wichtigste ist nun aber, für die Aufklärung der neu gewonnenen Gewerkschaftsmitglieder zu sorgen.

Spaltung der tschechischen Gewerkschaften.

Wie wir in der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ (Herausgegeben von den Zentral-Gewerkschaftskommission der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, Nr. 18 vom 1. September) lesen, haben am 18. August die dem Prager Zentralgewerkschaftsrat angeschlossenen Gewerkschaften, in denen die Kommunisten den Ausschlag geben, beschlossen, die Zahlung der Beiträge an die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission einzustellen. Gleichzeitig wurden die kommunistisch geführten Ortsgruppen der übrigen Verbände aufgefordert, keine Beiträge an ihre Zentralleitungen abzuführen. In nächster Zeit soll eine kommunistische Gewerkschaftstagung stattfinden, wo die Errichtung eines Bundes der zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale stehenden Verbände und Gruppen beschlossen werden soll.

Die Kräftezersplitterung wird sich an der Arbeiterschaft schwer rächen. Den Unternehmern kann keine größere Freude gemacht werden. Die Verantwortung dafür fällt den Zersplitterern zu. Ob sie sie tragen?

Vermischtes.

Verschieden. Die „Keramische Rundschau“ hat ihren langjährigen Schriftleiter Carl L o s t m a n n durch den Tod verloren. Am 7. Oktober entschlief er im Alter von 59 Jahren. 15 Jahre hat er seine Arbeitspflichten bei der „Keramischen Rundschau“ erfüllt. Das Blatt hat Bedeutung als Insertionsorgan für die keramische Industrie und schreibt im Sinne der Arbeitgeberorganisationen.

Ein Jubiläum. Die Porzellanfabrik Limbach, A.-G., in Thüringen hat zu ihrem 150jährigen Bestehen eine Gedenkschrift herausgegeben. Sie erscheint im Verlage der Porzellanfabrik Limbach und später im Buchhandel. Nach ihr machte der Erbauer Gotthelf Greiner im Jahre 1772 am 14. November den ersten Brand, den er um 40 Rhl. verkaufte. Das Geschlecht der Greiner ist heute noch in der Thüringer Porzellanindustrie vertreten und an vielen Gesellschaften beteiligt. Das genannte Unternehmen hat zu seinem Jubiläum alte Originalmodelle in beschränkter Stückzahl herausgegeben.

Ein- und Ausfuhr von Keramikartikeln. Nach der Berechnung des Statistischen Reichsamtes waren an der Einfuhr und an der Ausfuhr des deutschen Spezialhandels beteiligt: Ton- und Porzellanwaren (außer Ziegeln) im Juli 1922 an der Einfuhr mit 29 380 Tonnen und im August mit 26 540 Tonnen. Diese entsprechen Wertzahlen von 15 872 000 Mk. und 16 987 000 Mk. Der Einfuhr in dem angegebenen Maße steht eine Ausfuhr von 104 450 Tonnen im Juli und von 124 280 Tonnen im August 1922 an Menge gegenüber. In Markt drückt sich die Ausfuhr in den Zahlen 558 141 000 Mk. und 889 168 000 Mk. aus. Die weitere keramische Industrie ist noch mit Glas und Glaswaren an der Ein- und Ausfuhr beteiligt. In diesen Sachen ist die Zulieffuhr mit nur 10 240 Tonnen und die Augusteinfuhr mit 13 510 Tonnen angeführt; in Wertsummen machen diese 56 053 000 Mk. und 67 278 000 Mk. aus. Die Mengenausfuhr an Glas und Glaswaren beträgt 108 690 Tonnen im Juli und 102 860 Tonnen im August 1922. Der Wert dieser Sachen ist bei gleicher und geringerer Menge aber höher als bei Porzellan. Er beträgt im Juli 933 821 000 Mk. und im August 1 756 902 000 Mk. — Aus der Statistik geht hervor, daß die Einfuhr infolge des Fallens der Mark im Juli zurückgegangen ist, während die Ausfuhr mit dem Steigen des Dollars an Wert zunahm und sich bei Porzellan- und Tonwaren auch in der Menge steigerte.

Die Zuderproduktion Deutschlands. In Deutschland wird mehr Zuder erzeugt, als Bedarf da ist. Im Jahre 1921/22 wurden im jetzigen Reichsgebiet 24 Millionen Zentner Zuder gewonnen und in diesem Wirtschaftsjahr sollen es über 30 Millionen Zentner werden. Der Verbrauch an Runderzuder (1/2 Pfund pro Kopf und Woche) wird mit 15 Millionen Zentner veranschlagt. Wenn noch 5 Millionen für Einmachzuder, Herstellung von Kunsthonig und Marmelade angenommen werden, so bleiben noch 10 Millionen Zentner für andere Zwecke und zur industriellen Verwertung. Das müßte doch reichen. Trotzdem sieht unsere Bevölkerung wieder um Zuder an. Hat die Regierung keine Möglichkeit, festzustellen, woher in Deutschland der viele teure Auslandszuder kommt, wenn wir im Lande selbst genug erzeugen?

Aus unserem Beruf.

Berlin. Der Stundenlohn der Schildermaler beträgt vom 1. bis 15. Oktober für die 1. Klasse 95 Mk., für die 2. Klasse 93 Mk.; vom 16. bis 31. Oktober für die 1. Klasse 108 Mk., für die 2. Klasse 106 Mk.

Die Branchenleitung.

Höslau. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Porzellanfabrik Dürbed und Muddäschel in Weizenstadt haben am 9. Oktober wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug ist drei-wend fern-zuhalten. Die Zahlstellenverwaltung.

Bad Schmiedeberg/Halle. Die bei der Firma Lohje bestandenen Differenzen sind beigelegt worden. Der Arbeitsaufnahme nach dort steht nichts mehr im Wege.

Versammlungs-Anzeigen.

Rahla. Die letzte Zahlstellenversammlung war eine außerordentliche, einberufen zu dem Zwecke, Berichte des Geschäftsführers über die Tarifverhandlungen in München und über die erste gemeinschaftliche Sitzung des durch die Dresdener Generalversammlung neugegründeten Verbandsbeirats mit dem Verbandsvorstand und den Gauleitern entgegenzunehmen. Zur ersten Angelegenheit gibt Kollege Meinhardt ein Bild über den Gang der Verhandlungen, dabei überzeugend die Schwierigkeiten darlegend, die zu überwinden sind, bevor der Tarif die Zustimmung der beiden Teile der Vertragsbeteiligten findet. Wenn die Zustimmung endlich erteilt wird, dann in der Regel schweren Herzens (wenigstens unsererseits), denn so mancher Wunsch und so manche berechnete Forderung unserer Kollegen draußen im Reich sind außer Berücksichtigung geblieben, obgleich die Verhandlungskommission in zähem Ringen versuchte, Bestimmungen in den Tarif hineinzubringen, die den geäußerten Wünschen und den gestellten Forderungen der Kollegen Rechnung trugen. Lebhaft bedauert Kollege Meinhardt, daß auch diesmal wieder die Jugendlichen in unserem Berufe tariflich nicht erfaßt wurden, aber was die Unternehmer in bezug auf Akkordlohnung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen von 14 bis 16 Jahren anboten, war für die Kommission unannehmbar, weil es eine Gefahr bedeutete. Deshalb wurde auf die tarifliche Erfassung der Jugendlichen nochmals verzichtet. Die erzwungene Position bezüglich der Herabsetzung der höchsten Altersklasse der männlichen Arbeiter von 24 auf 22 Jahre mußte wieder aufgegeben werden, um nicht eine wesentliche Verschlechterung in bezug auf Urlaub dafür einzutauschen. Die geringen kleinen Verbesserungen können keinesfalls befriedigen, aber es muß Aufgabe der künftigen Kommission sein, auf das Erreichte weiter aufzubauen. Inwiefern sich der Tarifvertrag als Instrument zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens während der Vertragsdauer erweist, das wird von mancherlei abhängen; unter keinen Umständen aber darf er dazu führen, daß unsere Mitglieder nun müßig die Hände in den Schoß legen und alles Heil vom Tarif bzw. von den Funktionären erwarten. Gewerkschafter sein heißt Kämpfer sein! Jeder einzelne hat dazu beizutragen, daß es vorwärts geht! Die Diskussion bewegte sich sachlich im Rahmen des Berichts. Die Ausführungen fanden Zustimmung und demzufolge die Haltung der Kommission Billigung. — Im Anschluß hieran berichtete Kollege Meinhardt über die oben erwähnte Sitzung. Ausführlich legt er die Gründe dar, die es geboten erscheinen ließen, diese Sitzung einzuberufen und er erklärt, daß sich alle Sitzungsnehmer der Schwere der Aufgabe, eine Lösung zu finden, voll bewußt waren. Aber alle waren sie auch von der Notwendigkeit einer schnellen Lösung überzeugt und deshalb gewillt, die volle Verantwortung zu tragen. Den Verband als Kampforganisation weiter auszubauen und schlagfertig zu gestalten, sei insbesondere Pflicht des Vorstandes und des Beirats, und die ersten gemeinsamen Beschlüsse trügen diesem Pflichtbewußtsein unverkennbar Rechnung. — In der Aussprache äußerten sich die Versammelten ebenfalls zustimmend und legten ihre Auffassung in folgendem Antrag nieder: „Die am 4. Oktober 1922 stattgefundene Zahlstellenversammlung erklärt sich nach Entgegennahme des Berichts ihres Geschäftsführers mit den Beschlüssen des Verbandsbeirats, insbesondere bezüglich der Beitragserhebung, einverstanden. Die Versammlung verspricht, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß jedes Mitglied den nach seinem Verdienst zu zahlenden Beitrag an den Verband entrichtet.“ Als Beirats-Stellvertreter für den Kollegen Meinhardt wird Kollege Franz Dietrich einstimmig gewählt.

Bezirkszahlstelle Waldburg und Umgegend. Die Mitgliedschaften der Zahlstelle, annähernd 5000, nahmen in acht großen und gutbesuchten Versammlungen Stellung zu dem neuen Tarifvertrage und den neuen Verhandlungsbedingungen. Die informativischen Referate hatten die Genossen Hirsch und Heilmeyer. Die verhältnismäßig kurzen Diskussionen bewegten sich nur in zustimmendem Sinne. Nur für die Tarifvertragsrenewierung hatte man, entsprechend den Generalversammlungsbeschlüssen, bedeutende Verbesserungen bestimmt erwartet. Die Enttäuschung war darüber ebenso erkennbar, wie über das letzte Lohnabkommen in Coburg. Durch die Erhöhung des letzten Zuschlages auf 90 bzw. 100 Proz. ist ein Ausgleich für die letzten sprunghaften Verteuerungen keinesfalls gegeben. Die neuen Beitragssätze wurden in den Betrieben eifrig, zum Teil beifällig diskutiert — in den Versammlungen härte man nur zustimmende Reden — und wurde bedauert, daß der Vorstand nicht ein Uebergangsstadium schaffen konnte. Auch die Erhöhung des Bezirksbeitrages auf 5 Mk. wöchentlich fand allgemeine Anerkennung. Mit großer Befriedigung wurden auch die vom Vorstand und Beirat beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung des Verbandsvermögens vor weiterer Entwertung aufgenommen (Grundstückkauf und Bauprojekt). Konferenzen der Vertrauenspersonen, Unterkomitees und Betriebsräte werden zur weiteren organisatorischen Festigung dienen. Genosse Hirsch wird den Winter hindurch Lehrgänge für die Betriebsräte veranstalten.

Berlin-Charlottenburg.

Bibliothekler. In der Zeit vom 2. bis 11. November erfolgt keine Ausgabe von Büchern. Zum Zweck der schnellen Abwicklung der Revision sind alle in den Händen der Kollegen befindlichen Bücher bis spätestens den 1. November im Bureau abzugeben.

Die Verwaltung.

Adressen-Änderungen.

Brambach (Vogtland). Schriftführer: Ida Weller, Malerin.
Schriftführer: Albert Jordan, Maler, Haus Nr. 74.
Hof Schmiedeberg (Salle). Kassierer: Franz Landig, Maler,
Torgauerstr. 210.

Quittungen.

Den Extrabeitrag für die Metallarbeiter sandten in der Zeit vom 13. September bis einschließlich 10. Oktober 1922 folgende Rahlstellen ein:

Coburg, 2. Rate, 519,—; Hennigsdorf 1303,—; Meiningen 270,—; Esterode 356,—; Eintracht 276,— und Thiersheim 293,— Ml. In Summa: 3017,— Ml. Bereits quittiert 252457,50 Ml.; zusammen 255474,50 Ml.

Diesen Extra-Pflichtbeitrag haben noch nicht eingekandt:
Lamspringe, Naila, Nausa, Rheinbach, Schwandorf und Zettau.
Wilh. Herden.

Für unsere streikenden Kollegen der Rahlstelle M.-Glabach gingen folgende Geldleistungen ein: Elberfeld 360,—; Schlierbach 100,—; Günststadt 500,—; Mannheim 200,—; Köln 500,—; Bonn 100,—; Hürsheim 200,— Ml. Summa: 5560,— Ml.

Die übrigen Rahlstellen werden gebeten, zwecks besserer Kontrolle die Sammellisten zurückzusenden. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Rahlstellen herzlichen Dank.

Die Verwaltung der Rahlstelle M.-Glabach.
J. A.: Josef Schojenberg, Kassierer.

Für den franken Kollegen Franz Nachbar gingen folgende Gelder von den Rahlstellen ein:

Zettow 60,—; Zettau 40,—; Rohlau 20,—; Ilmenau 30,—; Tiejensfurt 20,—; Thordorf 50,—; Reichsbüh 20,—; Krummenaab 20,—; Selb-Blößberg 30,—; Oberkopau 20,—; Passau 30,—; Neuhaldensleben 30,—; Wunsiedel 50,—; Meuselwitz 20,—; Gräfenthal 20,—; Waldenburg 60,—; Arzberg 50,—; Mühlhausen 10,—; Bonn 50,—; Walderhof 30,—; Schlierbach 50,—; Triptis 20,—; Elmshorn 50,—; Kloster Weisdorf 30,—; Eimbach 20,—; Fürstenberg 40,—; Blankenhain 20,—; Vordamm 10,—; Rothenberg 30,—; Hermisdorf 50,—; Reichenbach 20,—; Annaburg 40,—; Freudenort 20,—; Grünstadt-Neuleiningen 50,—; Euhl 30,—; Hennigsdorf 40,—; Eisfeld 20,—; Grünhain 50,—; Schauberg 20,—; Elstertal 20,—; Rabla 20,—; Golditz 20,—; Brambach 15,—; Coburg 25,—; Dösch 25,—; Bohemstrauß 15,—; Mannheim 15,—; Stadtlengsfeld 25,—; Rauenstein 25,—; Kraureuth 25,—; Münden 25,—; Hürsheim 25,—; Schirnding 25,—; Mitterteich 25,—; Freiberg 30,—; Geringswalde 10,—; Windisch-Eichenbach 20,—; Althalbdenleben 25,— Ml. Summa: 1685,— Ml.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.
Die Rahlstelle Laasdorf. J. A.: Otto Fremdling, Kassierer.

Anlässlich des Streiks bei der Firma Schlegel, Bayreuth, gingen aus folgender Rahlstellen Gelder ein: Dreherpersonal der Firma Bavaria, Allersricht bei Weiden, 2000,—; Dreherpersonal Walderhof 79,50,—; Tirschenreuth 500,—; Wunsiedel 744,—; Krummenaab 200,— Ml. Summa: 4233,50 Ml. Allen Gebern besten Dank.

Die Rahlstelle Bayreuth. J. A.: Johann Köbel, Kassierer.

Sterbetafel.

Köln. Heinrich Heintger, Gießer, geboren am 7. Mai 1875 in Holland, gestorben am 26. September an Herzschlag. Mitgl. seit 1919.

Schweidnitz. Ida Scholz, geboren am 3. Mai 1883 zu Rembors, gestorben am 6. Oktober an der Grippe. Mitglied seit März 1922.

Waldenburg. Paul Kirchner, Maler, geboren am 12. März 1871 zu Freiburg, Schl.-Stem, gestorben am 31. August an Bauchhöhlenkrebs. Mitgl. seit 1919.

— Adolf Eisner, Dreher, geboren am 17. August 1865 zu Neu-Krausendorf, gestorben am 21. September an Herzschlag. Mitgl. seit 1918.

— Wenzel Konstanty, Dreher, geboren am 2. Juni 1876 zu Komno, gestorben am 12. September an Lungentuberkulose. Mitgl. seit 1918.

— Anna Volkmer, Gießerin, geboren am 22. September 1901 zu Altmasser, gestorben am 8. Oktober an Blutvergiftung. Mitgl. seit 1920.

Weiden. Thomas Schwarzmeyer, Porzellanarbeiter, geboren am 22. November 1871, gestorben am 10. Oktober an Darmverschlingung. Mitgl. seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

einen tüchtigen Matrizenstecher.

Bedingte wegen Wohnortveränderung bevorzugt.

H. Schomburg & Söhne, A.-G., Rohlau (Anhalt).

Schablonenschneider

suchen sofort ein.

Steingutfabriken Beck & Co., G. m. b. H.,
Abteilung Leisten (Markt).

Tüchtiger Fachmann der Dreherei und Gießerei, der event. auch die Modelleinrichtung mit übernimmt, wünscht sich zu verändern und empfiehlt sich als Ueberdreher.

Angebote unter „E. R.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Steingutdreher, lebig, sucht Stellung in allen vorkommenden Arbeiten als Dreher auf Schubscheibe und Garnierer, in Steingut und Tonwaren eingearbeitet und an selbstständiges Arbeiten gewöhnt. Angebote erbeten an Georg Fies, Sulgen bei Schramberg, Württemberg.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Matrücken usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
— Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Röpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahl 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Matrücken und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Mar Haupt, Dresden-A., Bönschplatz 17.

Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldschale à Gramm 300 Ml. und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldschale 180 Ml.

— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —

Andreas Geyer, Selb, Oberstr., Goldarbeiter.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm, Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte.

Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Willkau b. Zwickau, Sachsen.

Offertiere hierdurch zu Tagespreisen für Dreher Amocca, sowie Levantiner Glasur- und Garnierungsschwämme in allen Größen, das Stück von 50 bis 600 Ml.; große feinste glatte Philippiner Elefantenoehren, das Kilo mit 10 000 Ml.; Werdelschwämme; weiche feine saftgroße Reeschwämme, das Kilo, zirka 60 Stück enthaltend, 3200 Ml. (billig); hand- und saftgroße Hardheadschwämme, mittlere und prima Qualität, besonders für Steingut; kleinere weiche feine echte Levantiner Schwämme, das Kilo 14 000 Ml. Versand in kleineren und größeren Posten.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin E. 25, Prenzlauerstr. 42.

Emil Böhm, Goldscheide-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (gegr. 1891), kauft samtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmiere, Lappen, Nische, leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle z. B. für Glanzgoldschale 250 Ml. und mehr für 1 Gramm; für Poliergoldschale 400 Ml. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt; alle übrigen Sachen die höchsten Kurspreise. — Aeltestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Provisie gratis und franko. — Aufkäufer überall bei hoher Provision gesucht.

Beste Bedien.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art	Gold-, Platin-, Silber- auf Anfrage
Seifert, Zwickau i. S., Osterweilstr. 32.		

Gold-Reste jeder Art

kauft

Dr. Max Heim, chem.-metal. Laboratorium
Charlottenburg, Spandauer Str. 20
zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Edwin Renninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Platz 28/29.